



Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal

[AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal](#)

StuPa Präsidium

Frau Muriel-Lucie Berno
Frau Julia Schnäbelin
Herr Mike Stephan

Max – Horkheimer – Straße 15
Gebäude ME, Ebene 04
42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de
www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, 04.12.2019

Protokoll der 11. Sitzung des Studierendenparlaments am 04. Dezember 2019

Beginn: 18:14 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Ort: AStA-Großraumbüro (ME.04.19)

Redeleitung: Julia Schnäbelin

Protokoll: Mike Stephan

Anwesende Parlamentarier*innen: Emre-Can Tan, Yannik Düringer, Linus Prinz, Mike Stephan, Joshua Gottschalk, Lars Büttner, Cornelis Lehmann, Philip Cramer, Jonas Klein, Konstanze Wagner, Julia Schnäbelin, Hong Nhi Nguyen, Felix Pestke, Felix Wagmann, Marthe Monreal, Muriel Berno, Viktoria Hülper,

Abwesende Parlamentarier*innen: Ivo Vuicic (entschuldigt), Lukas Vaupel, Amirhossein Samaie, Ida Schiele,

Anwesende Mitglieder des AStA: , Daniel Fachinger, Kai Radant, Soufian Goudi

TOP 1: Begrüßung und Regularia

Julia eröffnet die Sitzung um 18.01 Uhr.

Es wurde form- und fristgerecht eingeladen.

Zudem ist man beschlussfähig, es gibt keine Mandatsveränderungen.

Folgende Tagesordnung ist vorgeschlagen und wird zur Abstimmung gestellt:

- 1. Begrüßung und Regularia**
- 2. Gespräch mit dem Rektor**
- 3. Bestätigung autonomer Referate**
- 4. Studentischer Vorschlag der Schwerbehindertenvertretung**
- 5. Nachwahl von AStA-Referenten**
- 6. Anträge**
- 7. Berichte aus den Gremien**
- 8. Hochschule und Hochschulpolitik**
- 9. Sonstiges & Termine**

Mit 16 Ja-Stimmen, 0 Enthaltung und 0 Nein-Stimmen wird die Tagesordnung angenommen.

Das Protokoll der vergangenen Sitzung ist verschickt worden.

Mit 13 Ja-Stimmen, 2 Enthaltung und 0 Nein-Stimmen ist das Protokoll angenommen.

Es liegt ein Initiativantrag vor, der von 7 Parlamentariern unterstützt wird und im Top Anträge behandelt wird, zusätzlich zu den bereits verschickten Anträgen.

TOP 2: Gespräch mit dem Rektor

Julia begrüßt den Rektor und weist auf die vorab dem Rektor zugegangenen Themen, um welche es unter anderem heute gehen soll, beispielsweise Schwerbehindertenvertretung, Rektoratsbeschlüsse etc.

Herr Koch stellt sich vorab nochmal vor und ebenso seine persönliche Referentin Anna Bruns.

Zu Beginn hat Herr Koch einige Zahlen zur Entwicklung der BUW mitgebracht. Dort geht hervor, dass die Entwicklung der Studierendenzahlen, der abgeschlossenen Promotionen und die der Drittmiteinnahmen prozentual im Vergleich zum Bundesweiten- und NRW-Schnitt jeweils stärker gestiegen sind.

Zum Thema Zivilklausel erläutert Herr Koch, dass das neue Hochschulgesetz seit Oktober gilt und

dabei das Thema Zivilklausel ein durchaus strittiges Thema war. Darüber hinaus bleibt die Zivilklausel im Leitbild der Universität selbst bestehen. Er verweist darauf, dass nach langer fundierter Diskussion im Senat keine Verstärkung dieser Zivilklausel vorgenommen und in die Grundordnung aufgenommen wurde.

Julia fragt, wer das Leitbild der Universität beschließt und fasst.

Herr Koch antwortet, dass verschiedene Status-Gruppen 2009 darüber beraten und diskutiert haben, bevor der Senat das Leitbild beschlossen hat.

Ein Gast fragt, wieso das Wort Zivilklausel in der Zivilklausel nicht vorkommt.

Herr Koch antwortet, dass eine Spezifizierung auch diejenigen Forschungsbereiche ausschließen würde und könnte, die das Ziel der Friedenssicherung haben. Das wir alle dabei den Krieg vermeiden wollen, ist unabstreitbar, und gerade deswegen könnte eine Spezifizierung, Maßnahmen zum Erhalt der Sicherheit einschränken.

Jonas fragt im Hinblick auf die Entwicklung der Drittmiteinnahmen, wie eine Zusammenarbeit mit großen Unternehmen, die unter anderem, aber nicht nur, an z. B. Panzern forschen, und somit nur indirekt unter eine Zivilklausel fragen.

Herr Koch antwortet, dass in diesem speziellen Fall, z. B. Bau eines Panzers, aber auch Waffenexport-Firmen, er dagegen wäre. Aber gerade in solchen kritischen Fragen bliebe auch noch die Ethik-Kommission, welche darüber beraten könnte und vermutlich würde. Es kann aber aus seiner Sicht nie ganz vermieden werden, dass Universitäten indirekt für solch kritische Bereiche mitforschen, da sehr allgemeine fachliche Publikationen zugänglich sind und genutzt werden könnten.

Cornelis erläutert, dass eine solch vage Formulierung zu häufig zu einer indirekten Forschung für militärische Zwecke führt und fragt, ob dann nicht das geringere Übel wäre, einen expliziten Ausschluss für jegliche möglicherweise in zusammenhangstehende Projekte, zu präferieren.

Herr Koch antwortet, dass bei der Anhörung im Landtag die Juristen dort auf die im Grundgesetz fixierte Forschungsfreiheit verwiesen haben und eine solche Zivilklausel nicht rechtssicher war. Er appelliert dort an die Vernunft eines jeden.

Winnie Teichmann fragt, ob jedes Projekt durch die Ethik-Kommission geprüft wird.

Herr Koch verweist in Bezug auf ein spezielles Projekt der Maschinenbauer an den Prorektor für Drittmittelforschung. Einige weitere Informationen über die Zusammensetzung der Ethik-Kommission werden nachgereicht.

Cornelis räumt ein, dass keine verfassungsrechtlichen Entscheidungen zu solchen Zivilklauseln bisher existieren, an anderen Universitäten aber auch durchaus konkretere Formulierungen vorhanden sind, die mehr auf das Thema Friedenssicherung eingehen.

Herr Koch verweist diesbezüglich darauf, dass er klar einsteht, die Zivilklausel nicht zu streichen, die Handhabe aber am Ende dem Senat obliegt, dem er vorsitzt und wo er immer versucht einen Konsens zu finden.

Nächstes Gesprächsthema ist die Schwerbehindertenvertretung. Bisher war dort Herr Petrauskas,

welcher eine Doppelposition inne hatte und dafür freigestellt war. Nun ergibt sich wegen des nahenden Ruhestandes eine neue Situation. Herr Koch erläutert ergänzend dazu, welche Unterstützung ein studentischer Kandidat von Rektorats-Seite aus bekäme (Beratungs-Coaching, Fortbildungen etc.).

Marthe berichtet von einem Treffen mit Herr Petrauskas und einem möglichen Inklusionskonzept, welches seit geraumer Zeit bei Frau Gräsel auf dem Tisch liegen soll.

Herr Koch berichtet vom Landestreffen der Stellen im vergangenen Jahr, seitdem kam dieses Thema nicht in einer Sitzung auf. Herr Koch regt an, gerne entsprechende Personen im Rektorat zu kontaktieren.

Felix Pestke weist auf den Unterschied einer Erstberatung bei psychischen Probleme, hier durch die ZSB, und die Inklusionsstelle hin. Letztere hat dort deutlich mehr Möglichkeiten, Studenten und Bedienstete angemessen und auf Dauer zu vertreten. Er schlägt daher vor, eine feste Stelle mit 30-40 Wochenstunden einzurichten, da ausreichend Bedarf beobachtet werden konnte. Eine konstante Geschäftsstelle neben der gewählten Personen, könnte Konstanz bringen.

Herr Koch beschreibt das Problem, dass der Herr Petrauskas genau dies bisher gemacht hat, sein Weggang bisher aber nicht personell kompensiert werden konnte. Die Rahmenbedingungen könnte man geben.

Marthe befürwortet eine neu einzurichtende Stelle ausschließlich für diesen Bereich und nicht nur eine Stelle durch Freistellung der eigentlichen Aufgabe. Dies könnte den personellen Engpass überwinden, auch die steigenden Studierendenzahlen befürworten dies.

Frau Bruns erläutert, dass die Eingliederung in die ZSB im Hinblick auf die Kompetenzen der dortigen Person zurückzuführen und zu begründen ist.

Konstanze sieht die Kombination aus Erweiterung des ZSB-Angebotes und einer dauerhaften Geschäftsstelle als bestmögliche Idee. Im aktuellen Konzept reichten die Stunden nicht aus.

Herr Koch antwortet, dass die angehende Vertretung mit einer halben Stelle nur in dem Referat arbeiten soll, die andere Hälfte aber im ursprünglichen Bereich weiterarbeitet. Daher kann sie dort keine zweite halbe Stelle für die studentischer Vertretung übernehmen. Er möchte aber dieses Thema weitertragen und nimmt dies in seine Notizen auf.

Muriel erläutert, dass Herr Petrauskas mit einer halben Stelle die Studenten vertreten hat, nun aber ein ehrenamtlicher Student gesucht wird. Das sei paradox.

Herr Koch antwortet, dass dies nur die generelle Regelung sei, darüber hinaus sei es durchaus möglich, über andere Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken, wie bei Herr Petrauskas.

Es folgen weitere Argumente, warum speziell die Einrichtung einer eigenen Geschäftsstelle für die Schwerbehindertenvertretung nur von Vorteil sein kann.

Nächstes Thema ist das der SHK-Vertretung. Cornelis erläutert dazu, dass die BUW eine hohe Anzahl an SHK-Kräften hat. Diese werden aber durch eine „rechtslose“ Vertretung lediglich vertreten ohne viel Einfluss. Dies wiederum ist verbunden mit einem enormen Aufwand (E-Mail-Einrichtung, Büro, etc.), um auch nur ansatzweise die SHK-Kräfte vertreten zu können. Andere

Universitäten besitzen dort ein deutlich höheres Budget und mehr Möglichkeiten.

Herr Koch ist dem offen gegenüber. Dazu sei es sinnvoll, dass die SHK-Vertretung Rückmeldung gibt, wo zum Beispiel Sachmittel oder Budgets eingesetzt werden könnten.

Jonas Klein weist in dem Zusammenhang auch auf eine Stundenentlastung hin.

Herr Koch schlägt ein Treffen mit Herr Kischkel vor.

Nächstes Thema ist die Kommunikation von Rektoratsbeschlüssen. Julia erläutert einleitend, dass Anlass dieses Themas der Rektoratsbeschluss bzgl. des Alkoholverbots vor 15 Uhr ist, speziell in der Glühweinzeit mit bereits angemeldeten Ständen und dahingehend auch nur die spärliche Bereitstellung der Informationen über Dritte.

Herr Koch betont an dieser Stelle, dass die Kommunikation tatsächlich nicht gut gelaufen ist. Zur Erläuterung sagt Herr Koch, dass es ausschließlich um einen Glühweinverbot geht, nicht aber um einen Verbot von Ständen. Dieses Verbot sei vor allem wegen des Geruchs von Alkohol, Beschwerden von Anwohnern und lautem Singen von Weihnachtsliedern entstanden. Für das Rektorat sei es daher ein Kompromiss gewesen, dass erst ab 15 Uhr Alkohol ausgeschenkt werden darf. Er entschuldigt sich für die fehlgeschlagene Kommunikation und nimmt dies auf seine Kappe.

Joshua zeigt sich verwundert über das Datum des beschlusses, welches der Dienstag in der Ersti-Woche ist. Die Ersti-Woche sei aber als Grund angeführt worden. Darüber hinaus ist Alkohol bereits zu früherer Uhrzeit durch das HSW erhältlich. Wer sich daher betrinken möchte, wird dies so oder so hinkommen.

Herr Koch erläutert, dass ihm die Mail mit der Begründung vom Kanzler nicht bekannt ist, zudem sei auch im Gegensatz zur Mail der Beschluss protokolliert. Darüber hinaus sei die Ersti-Woche bei denjenigen, die das beschlossen haben, womöglich im Hinterkopf gewesen, nicht aber der ausschließliche Grund. Herr Koch verweist vor allem auf die Sorgfaltspflicht gegenüber der Mitarbeiter, die wegen des Geruchs von Alkohol und der Lautstärke nicht arbeiten können. Dies Problem besteht beispielsweise bei der Uni-Kneipe nicht.

Yannik zeigt auf, dass Geruchbelästigung auch durch Waffeln oder Kinderpunsch entsteht, dafür die Studenten jetzt alleine Alkohol mitbringen. Das Verbot zeigt somit keine Wirkung.

Cornelis fragt, ob ein Treffen hinsichtlich eines neuen Kompromisses möglich sei für die Zukunft. Dort könnten alle betroffenen Stellen eingeladen werden, sowie über Regelungen hinsichtlich möglicher Standorte sowie der erlaubten Anzahl an Glühwein-Stände gesprochen werden.

Herr Koch zeigt sich offen für ein solches Gespräch, wenn wichtige Stellen wie das Gebäude-Dezernat eingebunden werden.

Felix P. sieht in dem Verbot die komplette Entmündigung der Studenten, gerade weil es seiner Ansicht nach bisher keine Exzesse o.ä. gab.

Herr Koch sieht dies nicht so. Er verweist darauf, dass schon einzelne Studenten den Ruf der Universität beschädigen könnten und dadurch alle in Misskredit bringen würden. Zudem muss in der Sicherheitsplanung vom schlimmsten Falle ausgegangen werden und dies tun entsprechende

Stellen auch.

Abschließend steht das Thema Mobilität auf der Agenda. Soufian möchte sich dort vorab bedanken, für die stetige Einbindung durch Herr Koch in jegliche Gespräche und Gremien. Soufian berichtet, dass mittlerweile zwei Vorschläge von der WSW in der BV Elberfeld sowie dem Verkehrsausschuss eingebracht wurden. Soufian hat allerdings die Sorge, dass es noch sehr lange dauern könnte, bis endlich eine Lösung geschaffen wurde. Er regt an, nochmals ein gemeinsames Gespräch zu organisieren und bereits die weniger kritische und sowieso beinhaltete Variante 1 b, in der die E-Busse vom Hbf fahren sollen, vorab umzusetzen.

Herr Koch sagt, dass die Universität „so ein bisschen am langen Arm verhungern soll“. Zudem sei laut Baudezernent der Bau eines Kreisverkehrs entgegen einer möglichen Planung nicht möglich. Herr Koch sieht darüber hinaus nicht, dass das notwendige Geld dann beriet gestellt werden kann von der Stadt.

Soufian sieht einen Widerspruch in der mangelnden Unterstützung durch die Stadt mit dem gleichzeitig zur Schau gestellten Stolz auf die Universität.

Herr Koch verweist zusätzlich an Dietmar Bell, welcher die Uni immer sehr stark unterstützt hat und im Aufsichtsrat der WSW sitzt. Bemerkenswert sei auch die mangelnde Unterstützung aus der Bevölkerung, sodass die Öffentlichkeit keine gute Möglichkeit darstellt um Druck auf die WSW auszuüben. In diesem Sinne findet es Herr Koch verwunderlich, dass in der Planung des neuen Busbahnhofes die Universität nicht berücksichtigt wurde.

Muriel fragt bezüglich der aktuellen Bausituation an der Universität.

Herr Koch stellt fest, dass gegenwärtig vielfältige Analysen der Situation erstellt wurden. Dies ergab, dass sowohl bei den Büros, als auch bei den Lernplätzen zu wenig Kapazitäten vorhanden sind. Darüber hinaus hat die Kernsanierung der Gebäude mit Hilfe der Ersatzgebäude begonnen. Zusätzlich ist in Planung, eine weitere Dreisporthalle neben der Uni-Halle zu errichten, ein neues Physik-Gebäude und ein Anbau an Gebäude K. Weiterhin werden aktuell auswärtige Seminarräume angemietet, um den Bedarf zu decken. Sobald die neue Regelung im Hochschulgesetz zum eigenständigen Bauen geklärt ist, sei es durchaus möglich, unterhalb der Universität selbstständig anzubauen in Nähe zur Universität. Herr Koch kann sich also durchaus eigenständiges Bauen vorstellen, bisher scheitert es aber an ausreichendem Personal sowie Budget, welches zur Verfügung gestellt werden muss.

Jonas Klein, Lars Büttner und Marthe Monreal verlassen nach diesem TOP den Raum.

Es wird ein GO-Antrag auf Unterbrechung von 10 Minuten gestellt. Es gibt keine Gegenrede.

TOP 3: Bestätigung autonomer Referate

Die Protokolle des autonomen Inklusionsreferats, des autonomen Ästhetik-Referates und des autonomen Queer*-Referates lagen zur Einsicht bereits und konnten von den Parlamentariern eingesehen werden.

Julia erläutert, dass nur aus rechtlichen Gründen eine Bestätigung nicht erfolgen darf.

Mit 14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Nein-Stimmen sind die Protokolle per en-Block Wahl bestätigt.

TOP 4: Studentischer Vorschlag der Schwerbehindertenvertretung

Felix berichtet von dem Gespräch mit Herr Petrauskas. In diesem Gespräch kam heraus, dass nochmals explizit Leute mit Lehrauftrag angefragt werden sollen, aber ohne deren Vorgesetzten anzusprechen, da diese ihre Leute gerne behalten möchten. Zudem wären bei bereits Angestellten möglich, diese für die Tätigkeit freizustellen.

Es gibt einen GO-Antrag auf Vertagung des TOP's. Es gibt Gegenrede.

Bei 4 Ja-Stimmen, 6-Nein-Stimmen und mehreren Enthaltungen ist der GO-Antrag abgelehnt.

Yannik schlägt einen Arbeitskreis mit anschließendem Umlaufbeschluss vor. Julia erwähnt, dass der Formulierungsvorschlag bereits verschickt wurde.

Felix P. erwähnt, dass eine Begründung gewünscht ist. Zudem bleibt das Problem der fehlenden personellen Stärke bestehen.

Es soll eine ausformulierte Version verschickt werden und im Umlaufbeschluss nach Zustimmung gefragt werden. Sobald diese erteilt ist, wird das Präsidium den Antrag an die Senatoren weitergeben mit der Bitte, den Antrag zur kommenden Sitzung einzureichen.

TOP 5: Nachwahl von AStA-Referenten

Soufian schlägt als Referent für das Referat für Hochschule und Hochschulpolitik Torben Klebert vor, da der bereits vor kurzem gewählte Referent aus persönlichen Gründen zurücktreten und aufhören muss.

Daniel stellt Torben stellvertretend vor. Er stellt vor allem die Wichtigkeit heraus, dass dies auch für die kurze Zeit noch geschehen soll, da Daniel durch das LAT verhindert ist.

Joshua fragt, ob durch den Verlust eines Beauftragten auch hier ein neuer erfolgen soll. Dies ist gegenwärtig nicht mehr der Fall, aber zukünftig soll an der Anzahl der Mitglieder in dem Referat festgehalten werden.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Yannik beantragt eine geheime Wahl.

Mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen ist Torben Klebert als neuer Referent bestätigt.

Es wird beantragt die Stimmzettel zu vernichten. Es gibt keine Gegenrede.

TOP 6: Anträge

Der Antrag des Wahlausschusses zur Finanzierung wird von einem Mitglied des Wahlausschusses, vorgestellt.

Antragstext des Wahlausschusses:

Sehr geehrtes Stupapräsidium, hiermit würde ich gerne das Budget der Finanzmittel für den Wahlausschuss der Stupawahl 2020 beantragen und bitte um eine zeitliche Abstimmung darüber im StuPa.

Die Kosten orientieren sich an den Ausgaben des letzten Wahlausschusses und setzen sich wie folgt zusammen:

1.) Sachkosten (insg. ca. 2000,00€) davon: - Ausstattung der Wahllokale (ca. 200,00€) - Druck Wahlzeitung (ca. 800,00€) - Druck Stimmzettel (ca. 500,00€) - Fahrtkosten (ca. 100,00€) - Verpflegung (ca. 150,00€) - Sonstiges/Puffer (ca. 250,00€)

*2.) Aufwandsentschädigung (insg. 4.700,00€) davon: - Vorsitz (2*600,00€) - Mitglieder (7*500,00€)*

Die Auszahlung der Aufwandsentschädigung soll nach Durchführung der Wahl und erneuerter Vorstellung des Antrages ohne Abstimmung im neuen Studierendenparlament erfolgen.

Joshua fragt nach, ob zur besseren Bewerbung der Wahl ein zusätzlicher Posten unter Sachkosten eingerichtet werden soll.

Yannik stellt den Änderungsantrag, die AE pro Person um 50€ zu erhöhen, um einen monetären Anreiz zu setzen.

Joshua stellt den Änderungsantrag auf Ergänzung unter Punkt 1 den Posten Öffentlichkeitsarbeit mit einer Summe von 200€ zu ergänzen.

Konstanze findet eine Erhöhung der AE, ohne das es beantragt wurde, komisch. Sie fragt nach, ob eine Podiumsdiskussion geplant ist.

Cornelis antwortet, dass dies definitiv unter den Aspekt Öffentlichkeitsarbeit fällt.

Felix P. möchte die Anzahl an Bannern erhöhen. Mike antwortet, dass dies ein seperater Antrag wäre.

Die Vertreter des Wahlausschusses übernehmen die Änderungsanträge.

Der Antrag wird mit 13 Ja Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Er lautet nun in beschlossener Form:

Sehr geehrtes Stupapräsidium, hiermit würde ich gerne das Budget der Finanzmittel für den Wahlausschuss der Stupawahl 2020 beantragen und bitte um eine zeitliche Abstimmung darüber im StuPa.

Die Kosten orientieren sich an den Ausgaben des letzten Wahlausschusses und setzen sich wie folgt zusammen:

1.) Sachkosten (insg. ca. 2200,00€) davon: - Ausstattung der Wahllokale (ca. 200,00€) - Druck Wahlzeitung (ca. 800,00€) - Druck Stimmzettel (ca. 500,00€) - Fahrtkosten (ca. 100,00€) - Verpflegung (ca. 150,00€) - Sonstiges/Puffer (ca. 250,00€) – Öffentlichkeitsarbeit (ca. 200,00€)

*2.) Aufwandsentschädigung (insg. 5.150,00€) davon: - Vorsitz (2*650,00€) - Mitglieder (7*550,00€)*

Die Auszahlung der Aufwandsentschädigung soll nach Durchführung der Wahl und erneuerter Vorstellung des Antrages ohne Abstimmung im neuen Studierendenparlament erfolgen.

Der Antrag der LHG „Angemessene Ausstattung der Damentoiletten“ wird von Robin Kulle vorgestellt.

Antragstext der LHG:

Auf den Damentoiletten in Gebäude M (Campus Griffenberg), und möglicherweise darüber hinaus, befindet sich nur in einer Kabine ein Mülleimer. Diese Ausstattung ist nicht ausreichend. Das Studierendenparlament möge sich dafür einsetzen, dass jede Kabine auf den Damentoiletten einen Mülleimer enthält.

Mike beantragt den letzten Satz zu ändern in: *Das Studierendenparlament beauftragt den AStA, sich dafür einzusetzen, dass jede Kabine auf den Damentoiletten einen Mülleimer enthält.*

Der Änderungsantrag wurde übernommen

Der Antrag im Gesamten wurde mit 14 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung und keiner Nein-Stimme angenommen.

Der Antragstext im Gesamten lautet damit:

Auf den Damentoiletten in Gebäude M (Campus Griffenberg), und möglicherweise darüber hinaus, befindet sich nur in einer Kabine ein Mülleimer. Diese Ausstattung ist nicht ausreichend. Das Studierendenparlament beauftragt den AStA, sich dafür einzusetzen, dass jede Kabine auf den Damentoiletten einen Mülleimer enthält.

Der Antrag des autonomen Ästhetik-Referats, des autonomen Queer*referats und des autonomen

Frauen-Referats „Unterstützung bei der DiVERSITY-Party 2020“ wird von Daniel Fachinger vorgestellt.

Antragstext der autonomen Referate:

*Das Studierendenparlament möge beschließen, dass der AStA sich durch den Getränkeverkauf an der Veranstaltung „DiVERSITY 4. queer, feministisch, body positive“ am 21.02., die das autonome Frauen*referat, das autonome Queer*referat und das autonome Ästhetik-Referat im nächsten Jahr auszurichten gedenken, unterstützen soll. Dazu soll er die Kosten für GEMA, Ausschankgenehmigung, die Bereitstellung der Getränke, Eigenbedarf der AStA-Helfer*innen und die Bewerbung auf der eigenen Facebook-Seite mit einem Betrag von 30€ übernehmen. Im Gegenzug erhält der AStA die Einnahmen aus dem Getränkeverkauf, den der AStA organisieren soll. Personell wird er dabei durch die autonomen Referate unterstützt. Es sollen entweder Long Drinks oder Cocktails angeboten werden. Außerdem würde es begrüßt, wenn eine Alternative zu Wicküler Pils bestünde, etwa Pinkus oder ein anderes Pils. Ob letzteres möglich ist, möge der AStA prüfen und selbst darüber befinden. Auch würde der Einkauf von einigen Flaschen Sekt oder Wein begrüßt werden. Auch hierüber möge der AStA befinden. Der AStA soll Mitveranstalter der Party sein. Er wird dann auf allen Printmedien sowie auf Facebook als solcher explizit mitbeworben werden.*

Es gibt keinen Redebedarf.

Der Antrag wird in dieser Fassung mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Cornelis und Philip verlassen den Raum.

TOP 7: Berichte aus den Gremien

Ruben berichtet aus der Kassenprüfung für das Jahr 16/17. Dort konnte bisher wegen mangelnder Protokolle aus AStA und Stupa nicht gearbeitet werden. Die vom Stupa sind allerdings schon zugegangen. Man wird sich in naher Zukunft weiter damit befassen.

Kai berichtet aus dem AStA. Man habe sich auf eine neue Stelle im Bereich Hausmeister geeinigt. Wie schon vorher in den StuPa Sitzungen besprochen, gibt es diesbezüglich keine Änderung in der Stundenzahl, allerdings wird diese neuerdings in Wochenstunden angegeben. Der neue Hausmeister wird diese Stelle diesbezüglich ab dem 01.01.2020 bestreiten.

Daniel berichtet vom LAT und das dort ein neuer Haushalt beschlossen wurde. Geld, welches vermisst wird, wird vermutlich wieder auftauchen. Ein weiteres Thema dort war die Konsens-Regelung. Diese soll nun geändert werden, sodass bei bestimmten Bereichen wie z.B. der Haushalt lediglich eine ¾-Mehrheit notwendig ist. Dies soll bei einem gut besuchten LAT beschlossen werden.

Joshua fragt diesbezüglich nach, was passiert sei, dass eine Lösung gefunden ist, da sich dies lange Zeit nicht abgezeichnet hat.

Daniel erklärt, dass viele Probleme die Haushaltsführung betrafen und dort neue zukünftige Regelungen beachtet werden sollen. Zudem sei der betreffende AStA aus Düsseldorf von vereinzelt Leuten blockiert worden. In dem Zuge erklärt Daniel, dass Kassenprüfer gesucht

werden.

TOP 8: Hochschule und Hochschulpolitik

Konstanze fragt bzgl. der Situation nach, dass keine Mails mehr zu Wahlen aus Datenschutzgründen verschickt werden dürfen.

Julia berichtet, dass dort bisher keine neuen Informationen vorliegen. Dafür sei es problemlos möglich, Werbung auf die Bildschirme zu spielen. In naher Zukunft müsste allerdings wieder ein reguläres Rektorats-Treffen stattfinden, wo die Frage genau geklärt werden könnte.

TOP 9: Sonstiges & Termine

Die nächste Stupa-Sitzung findet am 08. Januar um 18 Uhr statt.

Daniel berichtet, dass am 19.12 der AK Diskriminierungsmelder sich trifft.

Am 17.12 findet im Großraumbüro ein Vortrag zum Thema „Vereinnahmung linker Theorien von Neu-Rechten“ statt.

Julia verweist abschließend nochmal auf den eigentlich notwendigen Initiativ-Grund von Initiativ-Anträgen. Keine Zeit oder vergessen haben, diesen zu schreiben, ist kein Grund.

Julia schließt die Sitzung um 21:02 Uhr.

Wuppertal, den _____

Protokoll verabschiedet am _____.

(Abstimmung: ___ Ja, ___ Nein, ___ Enthaltungen).

Muriel Berno

Julia Schnäbelin

Mike Stephan